

Für den politischen Theil:
G. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Steinbach,
für den übrigen redakt. Theil:
J. Kassefeld,
sämmlich in Posen.
Verantwortlich für den
Inseratenthail:
J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 578

Donnerstag, 20. August.

1891

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal, an den Sonntagen und Feiertagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die schlaggehaltene Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 6 Uhr Nachm. angenommen.

Deutschland.

Berlin, 19. August.

Während der Entschluß der Regierung in der Getreidezollfrage selbst auf agrarischer Seite mit gemischten Gefühlen aufgenommen ist — die Schreiben des Grafen Kanitz an die „Kreuz-“ und „Bank- und Handelszeitung“ sprechen deutlich genug — giebt es eine Stelle wenigstens, wo man unumwunden der Freude über die im „Reichsanzeiger“ erschienene Veröffentlichung Ausdruck giebt. Die „Germania“ ist es und sie begleitet diese ihre Freude mit der Bemerkung, daß sich die Nothwendigkeit, Klarheit und Sicherheit über den Standpunkt der Regierung gegenüber der freihändlerischen Agitation zu schaffen, förmlich aufdrängen mußte, und sie fügt für die freihändlerische Presse die Mahnung hinzu, daß diese, falls ihr wirklich das Volkswohl am Herzen liege und nicht die Agitation gegen die Getreidezölle die Hauptsache sei, gut thue, jetzt offen zu erklären, es sei bis zum Abschluß der Handelsverträge an eine Aenderung der Zollverhältnisse nicht zu denken. Die freihändlerische Presse müsse doch zugeben, daß ohne die Regierung eine solche Aenderung nicht möglich sei und daß ein Mittel, die Regierung zu zwingen, nicht vorhanden sei. Wie bescheiden man doch im Zentrum sein kann, meint die „Magdeburger Zeitung“, wenn es gilt, gute Beziehungen nicht zu stören, aus denen hinterher für kirchliche Zwecke Kapital geschlagen werden soll! Freilich, wenn Zentrumswünsche und Forderungen in Betracht kamen, hat sich die „Germania“ nicht so ängstlich wie heute um den Widerspruch der Regierung gekümmert, und sie ist auch vor dem Vorwurf, daß ihr die Agitation die Hauptsache sei, nicht zurückgeschreckt. So ist es beim Kampfe um die Mairgesetze, bei der Regelung der Sperrgelderfrage gewesen, und so ist es auch heute noch beim Schulgesetze. Nur in der vorliegenden Frage hält das Blatt ein Festhalten an der Forderung der Beseitigung der Zölle für unverfälscht und sucht die besorgten Gemüther mit dem frommen Wunsche zu trösten, daß alle Hoffnungen der Regierung in Bezug auf den Ernteausfall sich verwirklichen mögen. Im anderen Falle setze man voraus, daß die Regierung zu denjenigen, selbst außerordentlichen Maßregeln entschlossen sein werde, die wenigstens von den ärmeren Klassen die Wirkung allzu hoher Preise, falls diese bleiben sollten, fern halten würden. Das ist eine merkwürdige Leistung von dem führenden Blatte der ausschlaggebenden Partei im Land- und Reichstage. Aber diese selbst hat ja ihre Wählererschaft an ähnliche Bravourstücke bei hochwichtigen Gelegenheiten gewöhnt.

Major v. Wismann, welcher in Aden angekommen ist, wo er auf den Dampfer der deutschen Ostafrika-Linie wartet, wird die ihm zur Verfügung stehende Zeit noch benutzen, um dort Maulthiere zu erwerben, mit denen er einen neuen Versuch wagen will. Die bis jetzt mit diesen Thieren angestellten Versuche haben recht gute Ergebnisse gehabt; das Maulthier ist ungleich widerstandsfähiger als das Pferd, welches den schlimmen Einflüssen des afrikanischen Klimas so unterworfen ist, daß seine Einführung in die inneren Gebiete Afrikas unmöglich sein wird. Die Pferde, welche bei der Schutztruppe zur Verwendung kamen, sind denn auch bald abgeschafft worden; dagegen hat sich das zähmere Maulthier gut bewährt. Die Maulthiere erlagen nicht den klimatischen Einflüssen, sondern den übermäßigen Strapazen beim Ziehen von Kanonen oder beim Tragen der Geschütze, ertranken bei Flußübergängen oder kamen in den Gesechten um. Wie hier noch nebenbei bemerkt sein mag, hat sich das indische Zugvieh, welches die Engländer nach Mombas einführen, des dortigen Klimas wegen nicht halten können; man wird daher darauf zurückkommen, das einheimische Rindvieh zum Ziehen abzurichten.

Charlottenburg, 19. August. Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Wahlvereins Teltow-Charlottenburg war von den Mitgliedern des Vereins beauftragt worden, den Reichstags-Abgeordneten des Kreises Teltow-Charlottenburg, Brinzen Handjery, aufzufordern, über seine Thätigkeit im Reichstage öffentlich Bericht zu erstatten. Der Vorsitzende hat diesen Auftrag ausgeführt und darauf folgendes Schreiben erhalten:

Auf das Schreiben vom 25. v. Mts. erwidere ich Ihnen, daß ich Sie in keiner Weise für legitimirt zu erachten vermag, über meine Thätigkeit als Reichstags-Abgeordneter Rechenschaft zu verlangen, da Sie, wie ich festgestellt habe, Vorsitzender des dortigen sozialdemokratischen Wahlvereins sind und ich es somit für ausgeschlossen halte, daß ich mein Reichstagsmandat ihrer Mitwirkung verdanke. Prinz Handjery.

Auf Grund dieser Ablehnung hat der sozialdemokratische Wahlverein Teltow-Charlottenburg dem Brinzen Handjery das Recht abgeprochen Volksvertreter zu sein.

Natibor, 19. August. Das Kommissbrot ist auch hier erheblich im Preise gestiegen. Wie dem „N. A.“ mitgeteilt wird, kostet ein solches Brot bereits 80 Pfennige. Es wird am Ende noch eine Delikatesse wie der westfälische Pumpernickel werden, und

der bekannte Unteroffizierwitz vom „Kommissbrotmischen“ wird vielleicht aufhören, ein Witz zu sein.

Marientburg, 19. August. Auch in unserer Stadt macht sich das russische Getreide-Ausfuhrverbot empfindlich bemerkbar. Die Bäckermeister haben sich infolge des enorm in die Höhe gegangenen Roggenpreises gezwungen, ebenfalls die Brotpreise zu erhöhen. Es kostet darnach nunmehr 1 Pfund Roggenbrot je nach der Beschaffenheit 15–17 Pf., das Anfangs dieses Jahres noch mit 9 bis 10 Pf. abgegeben wurde. Das sind geradezu unerschwingliche Preise für die ärmere Bevölkerung.

Chemnitz, 19. August. Eine Parteiversammlung der hiesigen Sozialdemokraten hat beschlossen, die jetzt sechsmal wöchentlich erscheinende „Presse“, die als Organ der Sozialdemokratie auch in mehreren andern Fabrikstädten Sachsens unter verändertem Namen zur Ausgabe gelangt, vom 1. Oktober an nur noch dreimal wöchentlich erscheinen zu lassen. Das Blatt ist ohnehin das Schmerzenskind der hiesigen „Genossen“ und scheint unter den jetzigen Erwerbsverhältnissen besonders schwer zu leiden. Neuerdings wird in demselben gefordert, daß auch die Abschaffung des Zinses in das Parteiprogramm aufgenommen werde, denn, so schreibt man wörtlich, „diese Forderung hilft mit Klarheit schaffen über unsere Bestrebungen und trägt mit dazu bei, eine ungefähre Physiognomie eines sozialistischen Staates erscheinen zu lassen, da es ja immerhin unmöglich ist, die einzelnen Gesichtszüge eines solchen zu beschreiben.“ Der Zukunftsstaat scheint demnach auch nach dem Urtheile der Genossen einer „ungefähren Physiognomie“ recht nothbedürftig zu sein.

Bremen, 19. Aug. Eine Zuschrift aus Hannover an die „Weiser-Ztg.“ verbreitet sich wieder einmal über die Welfenfondsfrage. Der Artikel empfiehlt, um Ueberweisung eines Theils der Einkünfte an die Provinz zu bitten.

Hamburg, 19. Aug. Ueber den neu zu erbauenden Marinehafen in Ruxhaven hört man, daß die erste Anregung dazu vom Grafen Wolffe ausgegangen sei. Ursprünglich habe man nur die Mündung des Nordsee-Kanals bei Brunsbüttel — etwa 30 km von Ruxhaven elbaufwärts — durch Stationirung von Kriegsschiffen schützen wollen. Als dann aber Helgoland deutsch geworden sei und die Hamburger Bürgererschaft beschlossen habe, einen großen Handelshafen mit einem Kostenaufwande von sieben Millionen Mark in Ruxhaven zu erbauen, habe man beschlossen, den letzteren für die Marine nutzbar zu machen. Ruxhaven wird nicht ein Kriegshafen, wie Wilhelmshafen, werden, sondern nur eine Marine-Station für Torpedos und einige Panzerschiffe sein.

Belgien.

* Auf dem internationalen Brüsseler Sozialistenkongress kam es am Dienstag mehrfach zu stürmischen Szenen. Bei der Prüfung des Mandats eines spanischen Anarchisten kam es zu unruhigen Ausbrüchen, denen der Präsident kaum Einhalt zu thun vermochte. Endlich wurde der Ausschluß des Spaniers mit großer Majorität angenommen. Die Deutschen schrien: „Schmeißt ihn hinaus!“ und der Spanier geberdete sich wie ein Wüthender. Nach diesem Vorfall befaßte sich der Kongress mit der Frage der Arbeiterschutzesgesetzgebung. Wandervogel-Brüssel kritisierte die internationale Arbeiterschutzes-Konferenz in Berlin. Dieselbe habe nichts vermocht. Die wenigen auf der Konferenz zu Stande gekommenen Abänderungen seien den Regierungen durch die Sozialdemokraten abgerungen worden. Die Beschlüsse der Berliner Arbeiterschutzes-Konferenz seien als wichtige Konzeptionen zu betrachten, aber die Beratungen hätten bewiesen, daß die gegenwärtigen Regierungen die Reformen nicht zur Durchführung bringen und für die Pflichten gegen die arbeitende Klasse kein Verständnis haben. Andererseits habe die Berliner Arbeiterschutzes-Konferenz gewiss Industrie-Nationen den Vorwand gegeben, die Entwicklung der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung zu hemmen. Der Kongress erklärt, daß die gegenwärtige Arbeiterschutzes-Gesetzgebung eine mangelhafte ist, und daß sie in ungenügender Weise zur Anwendung und Ausführung gebracht wird. Diesen Ausführungen entsprechen auch die von den Sektionen gefaßten Resolutionen. In denselben heißt es u. a.: Der Kongress fordert die Arbeiter auf, 1. in jedem Lande permanente Kommissionen zu organisiren betreffs der Arbeitsbedingungen in ihren Beziehungen zur Arbeiterschutzesgesetzgebung; 2. die nöthigen Nachweise für die Entwicklung und Vereinfachung der industriellen Gesetzgebung auszufordern.

In der Nachmittags-Sitzung ergriff Bebel zur Frage der Arbeiterschutzesgesetzgebung das Wort. Er führte aus, die Anforderungen der Arbeiterpartei müßten vor Allem dahin gerichtet sein, die heutige Gesellschaft der Bourgeois durch die Gesellschaft der Arbeiter, die Gesellschaft der Sozialisten, zu ersetzen. Wir in Deutschland sind hierüber einig und wer dieses Prinzip nicht annimmt, kann an unserer Organisation nicht theilnehmen. Ich bemerke dies, weil manche Vorfälle der letzten Monate im Auslande den Glauben an eine Spaltung der Partei erweckt haben. Wir sind aber in großen Fragen vollkommen einig. Wir suchen die möglichen Vortheile zu ziehen, welche aus einer guten Arbeiterschutzes-Gesetzgebung resultiren können, aber wir suchen dies auch nur einzig und allein, um unsere Männer für den Kampf zu stärken. So lange die Arbeiterpartei nicht im Stande ist, sich selbst zu helfen, ist es nothwendig, daß sie Konzeptionen macht. Redner kritisierte die Haltung der deutschen Gesetzgebung und sagte, der Berliner Kongress war ein fühner Streich, man hat uns damit aber durchaus nicht irre gemacht. Die Berliner Arbeiterschutzes-Konferenz habe wenig gutes geschaffen. Das Arbeiterschutzesgesetz von 1890 enthalte so viele reaktionäre Verfügungen, daß die Sozialisten im Reichstage schlicht dagegen stimmen mußten. Im Anschlusse hieran schlug Advokat Wandervogel Resolutionen vor, denen zufolge die Sozialdemokraten nur für solche Kandidaten stimmen sollten, welche eine Arbeiterschutzesgesetzgebung nach den Beschlüssen des Pariser Kongresses wollten.

Große Aufregung rief auf dem Kongresse die Verhaftung des italienischen Anarchisten Merlino hervor. Derselbe war bereits im Januar d. J. aus Belgien ausgewiesen worden. Mehrere Redner protestirten energisch gegen die Verhaftung. Das belgische

Bureau wurde beauftragt, alles zu versuchen, um die Freilassung des Verhafteten zu erwirken. Ferner steht die Ausweisung mehrerer anderer Delegirten bevor.

Der Delegirte Vehr-Gera, Vertreter der Textil-Industrie, schilderte die traurige Situation der Textilarbeiter in Sachsen und verlangte eine internationale Union zur Verbesserung der Situation. Die Versammlung war sichtlich ermüdet, und es wurde Schluß der Sitzung verlangt, der auch nach einer längeren verworrenen Debatte angenommen wurde. Liebknecht kündigte seinen Bericht über die Militärdienstzeit an.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Znaim, 18. August.** Die Wendung, die der Prozeß Zukatsch genommen, erscheint jetzt doch in einem etwas andern Lichte, als in den ersten Tagen kurz nach dem Geständniß des Karl Zukatsch, wo es schwer war, aus den mancherlei kufisirenden Gerüchten das Unrichtige oder Uebertriebene vom Tatsächlichen zu sondern. So stellt es sich jetzt als falsch heraus, daß Zukatsch das Geständniß in der ausführlichen Weise, wie Anfangs berichtet wurde, dem Verteidiger Dr. Krenn abgelegt hat. Tatsächlich ist der vollständig gebrochene Zukatsch allerdings vor dem Verteidiger auf die Knie gefallen und hat diesem gestanden, daß er den Töufar gebunden habe. Dr. Krenn hat sich sofort zum Untersuchungsrichter Dr. Bartal begeben, worauf Töufar verhaftet wurde. Alles, was über dieses Geständniß des Zukatsch vor dem Untersuchungsrichter verlautet ist nur Gerücht, ebensowenig bewahrheitet sich die in den letzten Tagen verbreitete Version, daß Töufar ein Geständniß abgelegt habe. Derselbe leugnet vielmehr beharrlich. Sein angebliches Alibi wird nur von seinen nächsten Verwandten behauptet, irgend ein Fremder und Unbefangener kann aber hierüber nichts bezeugen. Uebrigens glaubt man in den maßgebenden Kreisen, daß Karl Zukatsch mit dem Geständniß nur eine Galgenfrist habe erlangen wollen, da viele Umstände die Ausführung der That durch zwei Personen unwahrscheinlich machen.

Vermischtes.

† **Zu dem neuesten Eisenbahnunglück** in der Schweiz wird noch folgendes mitgeteilt: Noch ist die Erinnerung an die Schreckensstage von Mönchstein lebendig und schon wieder hat sich abermals auf einer Linie der Jura-Simplonbahn eine fürchterliche Eisenbahnkatastrophe zugetragen. Das Gleis der Bahn Biel-Bern, auf der neben zahlreichen Lokalzügen auch die Pariser Schnellzüge über Pontarlier-Neuenburg geführt werden, vereinigt sich bei Bollkofen, acht Kilometer von Bern entfernt, mit der Linie Olten-Bern der Zentralbahn. Die Bahnlinie Biel-Bern ist bis Bollkofen einpurig. Nun wurde heute früh anlässlich des Jubiläumsfestes der Stadt Bern von Biel ein Extrazug abgelassen, der eine lange Reihe von Wagen enthielt, die alle dicht gefüllt waren. Als der Zug bald nach 7 Uhr sich der Station Bollkofen, der letzten vor Bern, näherte, mußte er etwa 5–600 Meter vor dem Bahnhof halten, da der von Bern kommende Zug der Zentralbahn zunächst die Station auf demselben Gleise zu passieren hatte, auf dem nachher der Bieler Zug einfahren sollte. Während nun der Extrazug mit den Hunderten von fröhlich gestimmten und nichts Arges ahnenden Passagieren vor der Signalfarbe hielt, kam der Pariser Schnellzug, der wie alle übrigen Züge Verspätung hatte, daher und rannte mit voller Kraft in den Rücken des Extrazuges. An jener Stelle macht die Bahnlinie eine Kurve, die im Walde verschwindet. Es konnte also der Lokomotivführer des Pariser Zuges den stillstehenden Extrazug erst sehen, als er dessen letzten Wagen fast berührte. Trotz sofortigem Bremsen erfolgte der Anprall mit solcher Wucht, daß die beiden hintersten Wagen des Extrazuges gänzlich zertrümmert wurden. Das Schreckliche war gefchehen. Jähend strömte der Dampf aus der demolierten Maschine und ihr Geräusch vermischte sich mit den herzerreißenden Schmerzens- und Hilferufen der unglücklichen Opfer. Man zählte etwa 20 Tödt, meist Frauen und Männer aus Biel, die zum Fest nach Bern sich begeben wollten. Die Zahl der schwer und leicht Verwundeten übersteigt fünfzig. Auch vom Zugpersonal sind Leute verletzt, namentlich Führer und Heizer der Lokomotive des Pariser Zuges. Auf der Unglücksstätte fanden sich sofort drei Direktoren der Jura-Simplonbahn ein, um die nöthigen Anordnungen zu den Rettungs- und Bergungsarbeiten zu treffen. Etwa zwei Kilometer von der Station Bollkofen weg liegt die Station Münchenbuchsee. Der Pariser Schnellzug hat zwischen Biel und Bern keinen Anhalt; aber man begreift nicht, daß der Stationsvorstand von Münchenbuchsee den Schnellzug durchfahren lassen konnte, ehe er von Bollkofen das Signal hatte, daß der Extrazug passirt und die Linie überhaupt frei sei.

Lokales.

Posen, den 20. August.

—b. **Herr Weihbischof D. Lifowski** ist gestern Nachmittag nach dem Kreise Schildberg gefahren, von wo er morgen wieder zurückkehren will.

—b. **Der heftige Regen**, welcher heute früh hier niederging, hat in der Halldorfstraße die Ueberschwemmung von zwei Kellern zur Folge gehabt. In der Kleinen Gerberstraße lief der ganze ausgegrabene Bogdanakanal voll Wasser, so daß die Feuerwehr zur Entleerung des Kanals anrücken mußte.

—b. **Unfall.** Gestern Nachmittag gegen 4 Uhr wurde auf dem Wilhelmplatz ein fünfjähriges Kind, das auf eine in der Fahrt befindliche Droschke gerade zulief, von der linken Vorderachse der letzteren ergriffen und zu Boden geworfen. Das Kind wurde so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

* **Aus dem Polizeibericht** von Mittwoch. Als herrenlos in Postgewahrsam genommen: ein Kalkwagen von der Grünen Straße. Verloren: eine goldene Damenuhr, eine Börse mit 34.50 M. Inhalt, ein Portemonnaie mit 18 Mark. Gefunden: ein Sonnenschirm, ein Portemonnaie mit 3.06 Mark Inhalt, eine Broche, ein Regenschirm, ein Schlüssel, ein Rosenfranz, ein Fächer, ein Kindermantel, ein Firmenschild, ein Gefinde-

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von B. Deder & Comp. (H. Köstel) in Bozen.